

## Anmerkungen zur weltweiten BDS-Kampagne

Die Abkürzung BDS steht im Englischen für „Boycott-Divestment-Sanctions“ (Boycott, Desinvestition und Sanktionen) und ist mittlerweile zu einer weltweit organisierten, politischen Kampagne geworden.

Ihren Ursprung findet sie in einem Aufruf der palästinensischen Zivilgesellschaft vom 9. Juli 2005 (siehe: <http://www.bds-info.ch/?id=36>: Ein Jahr nach dem Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes (ICJ) zum illegalen Mauerbau in der besetzten Westbank wird darin an die internationale Zivilgesellschaft appelliert, nach dem Muster der während des Apartheidregimes gegen Südafrika verhängten Maßnahmen einen umfassenden Boykott gegen Israel zu organisieren. Ziel: Nachdem die UNO und ihre Mitgliedsstaaten ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen zur Durchsetzung einer gerechten Friedensregelung im Nahostkonflikt nicht nachkommen, soll international durch zivilgesellschaftliche Gruppen Druck auf Israel ausgeübt werden, bis dieses Land sich internationalem Recht beugt, seine völkerrechtswidrige, kolonialistische Besatzung fremden Territoriums sowie die Unterdrückung der Palästinenser beendet und sich am Verhandlungstisch zu einer umfassenden, allen Konfliktparteien gerecht werdenden, dauerhaften Friedenslösung bereit findet.

**Boycott** bedeutet innerhalb dieser weltweit wachsenden Kampagne, sich als Verbraucher an der Basis der Gesellschaft dem Kauf von Waren zu verweigern, die nachweislich aus den Siedlungen in den besetzten Gebieten stammen (was zumeist schwer nachzuweisen ist) oder grundsätzlich Waren mit dem Label *Made in Israel* zu boykottieren. Hierbei geht es hauptsächlich um Blumen, Gemüse oder Obst. *Agrexco* vertreibt etwa 60-70% der Agrarprodukte, die in israelischen Siedlungen in den besetzten, palästinensischen Gebieten angebaut werden. Andere bekannte Namen sind etwa: Carmel, Carmel Bio Top, Jaffa, Jordan Plains, Alesia oder Dalia. Listen betroffener Firmen können auf den internationalen Kampagnenseiten abgerufen werden (<http://www.bdsfrance.org/>, <http://bds-info.ch/>, [www.baceia.org](http://www.baceia.org), oder vor allem die Seite des *Global BDS Movement* unter <http://www.bdsmovement.net/>), wo sich auch hervorragende Argumentationspapier zur Auseinandersetzung mit dem Thema finden.

**Desinvestition** bzw. **Investitionsstopp**: Hierbei handelt es sich um einen Appell an multinationale Unternehmen, nicht mehr in Israel zu investieren, oder sich wenigstens aus der Besatzungswirtschaft zurückzuziehen. Der jüngste Erfolg war eine Kampagne gegen Soda-Club, die ihre Wassersprudler nebst Kartuschen in der Großsiedlung Ma'ale Adumim herstellen lässt, oder etwa die Entscheidung des norwegischen Staatsfonds (mit 353 Mrd. € der fünftgrößte der Welt), der sich aus moralischen Gründen von seinen Anteilen an zwei israelischen Unternehmen getrennt hat (*Africa Israel Investment* nebst Tochtergesellschaft *Danya Cebus*). Auch der Großkonzern *Veolia* war von einer solchen Maßnahme betroffen: 2009 verlor er aufgrund von Bürgerprotesten einen Auftrag in Schweden im Wert von 3,5 Mrd. €. Bislang betrieb es die U-Bahn im Bezirk Stockholm, erhielt aber den Folgeauftrag nicht. Vermutlich waren Medienberichte über Veolias Beteiligung am CityPass-Projekt ausschlaggebend (Durch das CityPass-Stadtbahn-Projekt werden illegale jüdische Siedlungen mit Westjerusalem verbunden).

**Sanktionen** bedeuten staatliche Druckmittel. Sie können z.B. im Rahmen des Assoziierungsvertrages zwischen der EU und Israel oder über ein konsequentes Waffenembargo wirksam werden.

Die israelische Regierung ist mittlerweile durch die zunehmende Wirksamkeit der BDS-Kampagne dermaßen beunruhigt, dass sie derzeit ein Gesetz in der Knesset diskutieren lässt, dass Boykottaufrufe unter Strafe stellt. Hiervon wären primär Organisationen der israelischen Friedensbewegung betroffen.

In Deutschland finden sich auch erste Gruppen, die sich mit der BDS-Kampagne auseinandersetzen (siehe hierzu die Homepage von KOPI, dem deutschen Koordinationskreis Palästina/Israel: <http://www.kopi-enderbesatzung.de/6.0.htm>), die sich aber politisch in einem schwierigen Terrain bewegen. Es könnten Erinnerungen an den Boykott jüdischer Geschäfte unter dem Hitlerfaschismus wachgerufen werden. Der Antijudaismusvorwurf ist dann zwangsläufig der nächste Schritt. Im öffentlichen Diskurs gilt es, klar den jeweiligen historischen Kontext im Auge zu behalten. Als am 1. April 1933 deutsche Polizisten und SS-Truppen jüdische Geschäfte belagerten, an denen sie die Aufschrift „Kauft nicht bei Juden!“ anbrachten, war dies der Beginn eines verbrecherischen, rassistisch-antijudäischen Feldzuges, der in der Vernichtung von sechs Millionen jüdischen Menschen endete. Die BDS-Kampagne richtet sich in keinsten Weise gegen jüdische Einzelmenschen sondern gegen den sich kolonialistisch gebärdenden Staat Israel und seine Politik, die sich durch Missachtung von Menschenrechten und Völkerrecht auszeichnet und den Palästinensern seit 1948 die Eigenstaatlichkeit auf ihrem historischen Grund und Boden verweigert. Deswegen war die Basis der BDS-Kampagne von Anbeginn an, durch eine gewaltfreie, zivilgesellschaftliche, weltweite Aktion Israel durch Druck zur Einhaltung genannter Rechte zu zwingen. Die geschichtliche Erfahrung gerade aus der Apartheid-Zeit lehrt uns, dass Kolonialregime ihre Macht ohne massiven Widerstand von außen oder internationalen Druck nicht aufgeben.

*Salam Shalom Arbeitskreis Palästina-Israel e.V.* möchte nicht abseits stehen bei der Debatte um die BDS-Kampagne und bietet zunächst auf seiner Internetseite eine Rubrik mit ganz unterschiedlichen Texten an – z.T. aus dem internationalen Kontext -, um zu einer inhaltlich fundierten Debatte beizutragen.